

Datenschutzmerkblatt für den Geschäftsfall «Antrag für Namensänderung» zwecks Information nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)¹

Vertrauen ist wichtig, besonders wenn es um Ihre Daten geht. Aus diesem Grund erachten wir es als unsere grundlegende Verpflichtung, nur die Daten zu erheben, welche unbedingt erforderlich sind und die Daten mit der gebotenen Sorgfalt zu verwalten und vor Missbräuchen zu schützen.

Das Zivilstandsamt (nachstehend «ZSA») hält sich bei der Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten strikt an die datenschutzrechtlichen Vorschriften.

Nachstehend erhalten Sie Informationen darüber, welche personenbezogenen Daten² im Kontext des im Titel erwähnten Geschäftsfalls verarbeitet werden und welche Rechte Sie im Hinblick auf die Verarbeitung haben.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Zivilstandsamt
St. Florinsgasse 3
Postfach 684
9490 Vaduz

Telefon: +423 236 69 29
E-Mail: info.zsa@llv.li
Website: zsa.llv.li

2. Kontaktdaten der behördlichen Datenschutzbeauftragten (Art. 37 DSGVO)

Fachstelle Datenschutz
Regierungskanzlei
Peter-Kaiser-Platz 1
Postfach 684
FL-9490 Vaduz

Telefon: +423 236 73 08
E-Mail: datenschutz@regierung.li
Website: fds.llv.li

¹ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Bearbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO)

² Personenbezogene Daten sind gemäss Art. 4 DSGVO alle Informationen, die auf Sie persönlich beziehbar sind.

3. Kategorien der erhobenen personenbezogenen Daten

Zwecks Bearbeitung des Geschäftsfalls erhebt das ZSA zwingend folgende Daten:

- Vorname
- Name
- Nationalität
- Geburtsdatum
- Zivilstand
- Kontaktdaten
- Angaben zu Aspekten, die für die vertiefte rechtliche Prüfung Ihres Namensänderungs-Antrags sowie die darauf aufbauende Entscheidung gemäss Art. 46 Abs. 1 des Personen- und Gesellschaftsrechts vom 20. Januar 1926 (PGR), LGBI. 1926 Nr. 4, relevant sind

4. Rechtsgrundlagen und Zwecke der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Bst. e und Art. 9 Abs. 2 Bst. g DSGVO im Zusammenhang mit Art. 47 PGR i.V.m. Art. 4 Abs. 1 der Verordnung über die Delegation von Geschäften nach dem Gesetz über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechts, dem Wappengesetz, dem Gesetz betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten und dem Personen- und Gesellschaftsrecht vom 15. April 1997, LGBI. 1997 Nr. 97, (im Folgenden: «Delegationsverordnung») verarbeitet.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist erforderlich, damit das ZSA eine vertiefte rechtliche Prüfung Ihres Namensänderungs-Antrags vornehmen, die darauf aufbauende Entscheidung gemäss Art. 46 Abs. 1 PGR treffen und Ihnen in der Folge die individuelle Entscheidung mitteilen kann. Sie werden ausserdem benötigt, um bei einer positiven Entscheidung die Änderung der Daten im Zentralen Personenregister (nachstehend «ZPR») vornehmen zu können. Im Falle der Nicht-Bereitstellung kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden vom ZSA nicht an Dritte weitergegeben. Sie dienen ausschliesslich der ZSA-internen Prüfung Ihres Namensänderungs-Antrags.

Sofern das ZSA den Namensänderungs-Antrag bewilligt und anschliessend im ZPR registriert hat, sind die neuen personenbezogenen Daten für die berechtigten öffentlichen Stellen im ZPR einsehbar.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Zwecks Schriftverkehr werden die grundlegenden Personendaten aus dem Namensänderungs-Antrag vom ZSA in einem elektronischen Informationssystem gespeichert. Diese Daten werden bei positiver Prüfung des Namensänderungs-Antrags nach 10 Jahren gelöscht. Bei negativer Prüfung des Namensänderungs-Antrags werden die Daten sofort nach der Entscheidung anonymisiert.

Bei positiver Prüfung des Namensänderungs-Antrags wird der von Ihnen eingereichte Namensänderungs-Antrag inklusive allfälliger Beilagen und intern erstellten Dokumenten, welche entscheidungsrelevant sind, in Ihrem Personenakt gespeichert. Der Personenakt wird 10 Jahre nach dem Tod vom ZSA an das Landesarchiv abgeliefert. Die weitere Verarbeitung richtet sich nach dem Archivgesetz.

Eine bewilligte Namensänderung wird vom ZSA im ZPR registriert. Gemäss Art. 16 des Gesetzes vom 2. Juni 2022 über das Zentrale Personenregister (ZPRG), LGBI. 2022 Nr. 219, werden Daten natürlicher Personen, die im ZPR verarbeitet werden, nach Ablauf von 120 Jahren gelöscht, gerechnet ab:

- a) dem im ZPR eingetragenen Sterbedatum; oder
- b) der letzten Änderung oder Ergänzung der Daten im ZPR.

Bei negativer Prüfung des Namensänderungs-Antrags wird der von Ihnen eingereichte Namensänderungs-Antrag inklusive allfälliger Beilagen sofort nach Entscheidung gelöscht. Das ZSA bewahrt zu Dokumentations- und Beweis Zwecken lediglich eine Zusammenfassung des Antrags und der Ablehnungsbegründung für maximal 5 Jahr auf und vernichtet sie anschliessend.

7. Betroffenenrechte

Gemäss DSGVO stehen Ihnen grundsätzlich die nachfolgenden Rechte zu. Diese Rechte bestehen jedoch nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können durch spezielle Regelungen auch eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

- Auskunft zu erhalten über die verarbeiteten personenbezogenen Daten bzw. deren Kategorien, die Verarbeitungszwecke, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die Absicht, Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln einschliesslich dafür geeigneter Garantien, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschliesslich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten,
- die Berichtigung, Ergänzung, oder das Löschen Ihrer personenbezogenen Daten, die falsch sind oder nicht rechtskonform verarbeitet werden, zu verlangen,
- von uns zu verlangen, die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzuschränken,
- unter bestimmten Umständen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen oder die für das Verarbeiten zuvor gegebene Einwilligung zu widerrufen,
- bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde zu erheben. In Liechtenstein ist dies die Datenschutzstelle.